

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR KULTUR,
BILDUNG UND SOZIALES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
24. KBS 2014-2020
Sitzungsdatum:
14.11.2019

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 14.11.2019

Unter dem Vorsitz von Dr. Sascha Derichs versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019
2. Ortsbesichtigung Städtische Realschule: hier Aussprache
3. Aussetzung der Badeordnung - Bericht über die gesundheitsmedizinische Begleitung der Testphase
4. Mediale Ausstattung der Schulen der Stadt Übach-Palenberg
5. Förderprogramm "Gute Schule 2020"
6. Aktuelle Entwicklung im Bereich der Asylbewerber im Jahr 2019
7. Verwendung der Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen 2019/20
8. Antrag gem. § 4 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.08.2019 betr. Attraktivitätssteigerung des Freizeitangebotes für Jugendliche und junge Erwachsene der Stadt Übach-Palenberg
9. Antrag gem. § 4 GeschO der SPD-Fraktion vom 06.09.2019 betr. Übernahme der Schülerfahrkosten für Schülerinnen und Schüler nach § 6 SCHfkVO
10. Erweiterungen zur Tagesordnung
11. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

12. Erweiterungen zur Tagesordnung
13. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Sven Bildhauer SPD
Herr Bernhard Brade CDU
Frau Claudia Burghardt SPD
Herr Dr. Sascha Derichs SPD
Herr Gerhard Gudduschat CDU

als Vertreter für Stadtverordnete
Czervan-Quintana Schmidt

Herr Wolfgang Gudduschat FDP-USPD
Herr Lars Kohnen CDU
Herr Dietmar Lux CDU
Herr Artur Wörthmann CDU

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Klaus-Giso Bernhardt SPD

als Vertreter für Stadtverordneten
Schmalen, gegangen während TOP
6, 19.40 Uhr

Frau Sibille Breiler CDU

als persönliche Vertreterin für
sachkundigen Bürger Gottschlich

Frau Monika Lux CDU

Frau Angela Suchan-Reinhardt Bündnis 90/ Die Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Manfred Ehmig SPD

Herr Josef Switalla CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Schulleiterin Heike Egner-Walter Lindenschule Boscheln gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr

Herr Schulleiter Stephan Gericke Willy-Brandt-Gesamtschule gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr

Herr Schulleiter René Heeg KGS Scherpenseel gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr

Herr Andreas Hengelbrock gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr

als Vertreter für Schulleiterin Schaffrath GGS Frelenberg bis Ende TOP 5

Frau Schulleiterin Monika Mattke Städt. Realschule bis Ende öffentlicher Teil

Herr Schulleiter Hans Münstermann
Carolus-Magnus-Gymnasium
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex KGS Übach gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr

Herr Gerd Schindler, Vertreter der ev. Kirche
Frau Brigitte Wanzek gegangen während TOP
7, 20.10 Uhr
als Vertreterin für Schulleiterin Eichler GGS Palenberg

Abwesende sachkundige Bürger

Herr Heinrich-Josef Frings UWG

Abwesende sachkundige Einwohner

Frau Marion Wissing B'90/Die Grünen

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

gegangen während TOP 1,
18.30 Uhr

Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen

Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen

Herr Stadtverwaltungsrat Dieter Gudehus

Herr Technischer Angestellter Peter Steingass

Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen

Herr Stadtamtman Thomas de Jong

Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren

Herr Stadtinspektoranwärter Alexander Mainz

bis Ende TOP 7

Ortsbesichtigung Städtische Realschule:

Um 17.00 Uhr fand ein Ortstermin zur Besichtigung der Städtischen Realschule statt.

Schulleiterin Mattke begrüßte die Teilnehmer der Ortsbesichtigung im Schülerbistro und gab einen Überblick über die Schule sowie Schüler- und Lehrerzahlen.

Im Anschluss bestand die Möglichkeit von Lehrern und Schüler extra für die Ortsbesichtigung vorbereitete Bereiche zu besichtigen, die Schülerbibliothek, das Berufsorientierungsbüro (BOB), die Naturwissenschaftlichen Räume mit Aufbauten aus den Fächern Physik und Chemie sowie den für die Inklusion vorgesehenen Bereich der Schule.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter der Schulen, Verwaltungsbedienstete, die Teilnehmer des Projekts KidS „Kommunalpolitik in der Schule“, die Gäste, die Zuschauer sowie den Vertreter der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschuss fest.

Die **CDU-Fraktion** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltungen richten zu wollen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltungen richten zu wollen.

Anschließend nahm **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** die Verpflichtung des neuen sachkundigen Einwohners, Herrn Josef Switalla, der beiden neuen stellvertretenden sachkundigen Bürger, Frau Sibille Breiler und Herrn Michael Ziege, sowie des neuen stellvertretenden Einwohners, Herrn Justin Günther, vor.

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, dass er nicht bis zum Ende an der Ausschusssitzung teilnehmen könne, da er bereits um 18.30 Uhr einen Folgetermin mit seinen Bürgermeisterkollegen aus dem Kreis Heinsberg habe. Er berichtete über die ergebnislose Kommunikation mit Ausschussvorsitzenden Dr. Derichs zwecks Verlegung der heutigen Ausschusssitzung und hielt abschließend fest, dass er sich in seiner Arbeit als Bürgermeister behindert sehe.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs informierte, dass die Nichtteilnahme des Bürgermeisters keine Auswirkungen auf die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung habe

und verwies auf das Recht des Ausschussvorsitzenden, Ort und Zeit festzusetzen. Er wies weiter darauf hin, dass er die noch folgenden Sitzungen des Ausschusses in der aktuellen Wahlperiode immer auf 18.00 Uhr terminieren würde.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2019**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Soziales vom 10.09.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 **Ortsbesichtigung Städtische Realschule: hier Aussprache**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

3 **Aussetzung der Badeordnung - Bericht über die gesundheitsmedizinische Begleitung der Testphase**

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte den stellvertretenden Leiter des Kreisgesundheitsamtes, Herrn Ralf Ortmanns.

Herr Ortmanns stellte den Bericht des Kreisgesundheitsamtes über die gesundheitsmedizinische Begleitung der Testphase im Ü-Bad vor. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Er hielt fest, dass sich die Wasserqualität im Ü-Bad im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert habe. Gerade im Nachmittagsbereich sei es zu deutlichen Überschreitungen der Grenzwerte gekommen. Da alle Parameter des Schwimmbades gleich geblieben seien und nur die Badeordnung geändert worden sei, könne ein Zusammenhang hergestellt werden. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten auf die Verschlechterung der Wasserqualität zu reagieren und diese wieder zu verbessern. Die Stadt könne das Tragen von Badeshorts zukünftig wieder verbieten, sie könne in bessere Filtersysteme investieren oder die Zahl der Besucher regulieren. Im Anschluss beantwortete er Rückfragen. Die Ausschussmitglieder interessierten sich besonders für die Aussagekraft der Laborwerte, Vergleichswerte aus anderen Schwimmbädern, die Besucherzahlen des Ü-Bades und die Anzahl von Badeshortsträgern.

Die **Verwaltung** führte aus, dass die Besucherzahlen in den Jahren 2018 und 2019 vergleichbar seien und erklärte, dass das aktuelle Filtersystem aus dem Jahre 2008 stamme. Es handele sich um eine sehr sensible und fortschrittliche Filteranlage, die früh auf Veränderungen im Wasser reagiere und nachchlore.

Auf Nachfrage von **Ausschussvorsitzenden Dr. Derichs** erklärte **Herr Ortmanns**, dass insgesamt 15 bis 20 Proben an unterschiedlichen Tagen entnommen worden seien. Das Intervall der Probenentnahme sei speziell für die Testphase erhöht worden.

Die **CDU-Fraktion** wies darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt keine Beschlussfassung vorsehe. Die Fraktionen hätten daher bis zur nächsten Ausschusssitzung im Februar ausreichend Zeit, sich mit der Thematik zu beschäftigen.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs hielt fest, dass die erhöhten Werte ein Problem seien. Er bat darum, den Ausschussmitgliedern die einzelnen Ergebnisse der durchgeführten Messungen zur Verfügung zu stellen. Im Februar werde der Tagesordnungspunkt dann erneut im Ausschuss behandelt.

4 Mediale Ausstattung der Schulen der Stadt Übach-Palenberg

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs begrüßte Herrn Dominik Niehus von der coactum GmbH.

Herr Niehus stellte den aktuellen Stand der Medienentwicklungsplanung vor und ging insbesondere auf den mit den Schulleitungen abgestimmten Warenkorb und die weitere Realisierung ein. Er hielt fest, dass sich die bisherigen Planungen gut mit den Richtlinien und Anforderungen des DigitalPakt Schule decken würden. Seine Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage der **CDU-Fraktion** sowie der **SPD-Fraktion** erklärte die **Verwaltung**, dass sie beabsichtige, Anfang 2020 den Förderantrag für die schon zugesagten Mittel des DigitalPakt Schule zu stellen. Aktuell würden dafür noch Punkte abgearbeitet. Das anschließende Ziel sei es, eine gebündelte Ausschreibung zu starten. Die Leistungen sollen sodann ab 2020 nach Bedarf abgerufen werden. Sie gehe davon aus, dass die Verwirklichung der medialen Ausstattung aller Schule Ende 2021 abgeschlossen sei.

5 Förderprogramm "Gute Schule 2020"

Beschlussempfehlung:

Der Anpassung des Verwendungskonzepts für zugesprochene Fördermittel aus dem Förderprogramm „Gute Schule 2020“ wird zugestimmt. Alle Maßnahmen sind weiterhin gegenseitig deckungsfähig, wodurch die Verwendung der Mittel für die einzelnen Maßnahmen bei notwendigen Änderungen im Rahmen der Umsetzung flexibel ist. (Die Sitzungsvorlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

6 Aktuelle Entwicklung im Bereich der Asylbewerber im Jahr 2019

Die **Verwaltung** stellte die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Asylbewerber im Jahr 2019 vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss beantwortete sie Rückfragen der Ausschussmitglieder.

Schulleiter Dr. Münstermann wies darauf hin, dass laut der Folie zur Altersstruktur der Asylbewerber es nur 12 Kinder in Übach-Palenberg gebe, die Flüchtlingsklasse am Carolus-Magnus-Gymnasium zwecks Deutschunterricht jedoch 29 Schüler umfasse. Aufgrund der Komplexität der Organisation und Durchführung der Beschulung bat er darum aufzuarbeiten, welche Schüler der Klasse Einpendler seien.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs setzte eine fünfminütige Sitzungspause an.

7 Verwendung der Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen 2019/20

Die **CDU-Fraktion** erklärte, dass sie dem Konzept der Verwaltung grundsätzlich zustimmen werde. Zu Punkt d beantragte sie, dass die Gelder an den Flüchtlingshilfsverein Hand-in-Hand e.V. und die Kunst- Kultur- und Bücherkiste e.V. erst ausgezahlt werden, wenn die Verwendungsnachweise für die Mittel aus dem Vorjahr vorliegen.

Die **SPD-Fraktion** bemängelte, dass das vorliegende Konzept vorsehe, 49 % der Gesamtförderung für die angefallenen Kosten durch geduldete Personen zu verwenden. Sie schlug vor, auch diese Mittel in neue Integrationsmaßnahmen fließen zu lassen. Ebenso kritisierte sie, dass 68.000 Euro der Zuweisung dafür vorgesehen seien, von der Verwaltung in eigener Zuständigkeit für zukünftige Maßnahmen verwendet zu werden. Sie stellte den Antrag, die gesamte Zuweisung in Höhe von 517.494,70 € für Integrationsmaßnahmen zu verwenden und über die Verwendung der unter g genannten 68.000 Euro vorher entscheiden zu können. Die Verwaltung solle ein neues Konzept zur Verwendung der Mittel erarbeiten und dem Ausschuss vorlegen.

Die **Verwaltung** erwiderte, dass die noch nicht verplanten 68.000 Euro für sinnvolle Maßnahmen zur Integration eingesetzt werden sollen. Über die Verwendung werde dem Ausschuss berichtet.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs ließ über den Antrag der SPD-Fraktion als weitestgehenden Antrag abstimmen:

Antrag der SPD-Fraktion:

Die gesamte Zuweisung in Höhe von 517.494,70 € wird für Integrationsmaßnahmen verwendet. Das Konzept über die Aufteilung der Integrationspauschale wird von der Verwaltung überarbeitet und dem Ausschuss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Sodann ließ **Ausschussvorsitzender Dr. Derichs** über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung der **CDU-Fraktion** abstimmen, die Fördermittel zu d nur freizugeben, wenn die Nachweise für die 2019 erhaltenen Mittel vorliegen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Vorschlag zur Verwendung der Zuweisung in Höhe von 517.494,70 € wird zugestimmt. Die Gelder an den Flüchtlingshilfverein Hand-in-Hand e.V. und die Kunst- Kultur- und Bücherkiste e.V. (Punkt d) werden erst ausgezahlt, wenn die Verwendungsnachweise für die Mittel aus dem Vorjahr vorliegen. (Die Sitzungsvorlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen.

8 Antrag gem. § 4 GeschO der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.08.2019 betr. Attraktivitätssteigerung des Freizeitangebotes für Jugendliche und junge Erwachsene der Stadt Übach-Palenberg

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erläuterte ihren Antrag gerade auch im Hinblick auf die Bedürfnisse der Jugendlichen und deren aktive Mitwirkung an diesem. Sie brachte ein, dass ein Gesamtkonzept für Orte für Jugendliche in Übach-Palenberg sinnvoll sei.

Die **CDU-Fraktion** bezog sich auf das Prüfungsergebnis der Verwaltung und erklärte, dass sie die Beschaffung eines Containers befürworte, jedoch in Abstimmung mit der Verwaltung ein geeigneterer Platz gefunden werden müsse.

Die **Verwaltung** unterbreitete die Idee, die Standortauswahl als erstes Projekt des neu ins Leben gerufenen Jugendbeirates in Zusammenarbeit mit Streetworker und Verwaltung weiterzuverfolgen.

Auf Nachfrage der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** erklärte die Verwaltung, dass sie davon ausgehe, dass das gemeinsame Projekt nach der offiziellen Gründung des Jugendbeirates im neuen Jahr starten könne.

Der Vorschlag der Verwaltung wurde von allen Ausschussmitgliedern befürwortet.

9 Antrag gem. § 4 GeschO der SPD-Fraktion vom 06.09.2019 betr. Übernahme der Schülerfahrkosten für Schülerinnen und Schüler nach § 6 SCHfkVO

Die **SPD-Fraktion** ging darauf ein, dass ihr Antrag vom Rat der Stadt Übach-Palenberg an den zuständigen Fachausschuss verwiesen worden sei. Aufgrund der Ausführungen der Verwaltung im Rat habe sie den Beschlussvorschlag ihres Antrages leicht verändert:

„Der Rat der Stadt Übach-Palenberg erkennt an, dass Schulwege, wenn sie unbeleuchtet entlang von Feldern und/oder Wäldern führen und/oder keine ausreichend

sichere Querungshilfen vorhanden sind, als ungeeignet, bzw. gefährlich eingestuft werden. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Übernahme der Kosten ab dem laufenden Schuljahr 2019/2020 für alle Schülerinnen und Schüler bis zum 14. Lebensjahr, auf die diese Voraussetzung zutrifft.“

Sie habe die Formulierung Querungshilfen in Form von Ampeln in keine ausreichend sichere Querungshilfen abgewandelt. Weiterhin sei der Satz „Sie erfüllen damit grundsätzlich die Anspruchsvoraussetzung für die Übernahme der Schülerfahrkosten nach §6 SchfkVO NRW.“ gestrichen worden. Mit der neuen Beschlussempfehlung werde der Verwaltung eine Hilfestellung gegeben, sodass die Prüfung der Einzelfälle schnell und einfach abgehandelt werden könne.

Die **CDU-Fraktion** bemängelte, dass der neue Inhalt des Antrages erst in der Sitzung eingebracht wurde und darüber nun eine Entscheidung getroffen werden müsse. Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes erklärte sie, dass die Einstufung eines Schulweges als besonders gefährlich nur von der Verwaltung getroffen werden könne und nicht von der Politik. Sie verwies weiterhin auf die geltenden Regelungen der Schülerfahrtkostenverordnung (SchfkVO).

Die **Verwaltung** informierte darüber, dass sie im Nachgang zur Ratssitzung die Schulwege noch einmal insbesondere auf sichere Querungshilfen im Sinne der SchfkVO überprüft habe. Dies habe nicht dazu geführt, dass ein erweiterter Personenkreis Anspruch auf die Übernahme der Kosten nach SchfkVO habe. Ein politischer Beschluss über die Einstufung von Schulwegen als ungeeignet bzw. gefährlich sei rechtswidrig und müsse vom Bürgermeister beanstandet werden. Eine Übernahme der Schülerfahrtkosten über die geltenden Anspruchsvoraussetzungen der SchfkVO hinaus, sei als freiwillige Leistung einzustufen und müsse im Haushalt kompensiert werden.

Die **CDU-Fraktion** verwies auf Entwicklungen auf Kreisebene, ein School'n'Fun Ticket einzuführen. Weiterhin beantragte sie zur Abstimmung voranzuschreiten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales der Stadt Übach-Palenberg erkennt an, dass Schulwege, wenn sie unbeleuchtet entlang von Feldern und/oder Wäldern führen und/oder keine ausreichend sichere Querungshilfen vorhanden sind, als ungeeignet, bzw. gefährlich eingestuft werden. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Übernahme der Kosten ab dem laufenden Schuljahr 2019/2020 für alle Schülerinnen und Schüler bis zum 14. Lebensjahr, auf die diese Voraussetzung zutrifft.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen

8 Nein-Stimmen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

10 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

11 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Die **Verwaltung** berichtete, dass der in der Ausschusssitzung am 02.07.2019 vorgestellte Werkstattfilm „Alles auf Anfang – Ein neues Leben in Übach-Palenberg“ nun fertiggestellt sei. Die Präsentation werde am 25.11.2019 im Mehrgenerationenhaus stattfinden.

Anfragen der CDU-Fraktion:

Die **CDU-Fraktion** thematisierte die Nichtteilnahme des Bürgermeisters an der gesamten Ausschusssitzung, die auf den späteren Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr zurückzuführen sei sowie die Länge der letzten Ausschusssitzungen, deren Ende immer gegen 21.00 Uhr gewesen sei. Sie bat den Ausschussvorsitzenden, bei der Festsetzung der nächsten Tagesordnungen wieder die bewährte Uhrzeit 17.00 Uhr als Beginn zu nehmen.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs verwies darauf, dass er Ort und Zeit bestimmen könne und alle Ausschussmitglieder zum Wohle der Stadt und der Bürger an den Sitzungen teilnehmen würden. Die Länge der Sitzungen sei aus seiner Sicht im Wesentlichen darin begründet, dass die Verwaltung eher auf Präsentationen setze, als auf schriftliche Vorlagen. Die schon mit der Schulleitung terminierte Ortsbesichtigung der Städtischen Realschule sei ein wichtiger Bestandteil für die Sitzung gewesen, daher habe er an den Uhrzeiten festgehalten.

Weiterhin nahm die **CDU-Fraktion** Bezug auf die anstehende Auflösung mehrerer Seniorenvereine im Stadtgebiet und appellierte an die Ausschussmitglieder, Ideen bzw. Lösungen zur Weiterführung dieser zu entwickeln.

Ausschussvorsitzender Dr. Derichs schloss um 20.52 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dr. Derichs
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin